

# Interviews:

## Deve Gowda fest im Sattel

Der 55jährige Jaipal Reddy, von 1991 bis 1996 Abgeordneter in der Rajya Sabha, dem indischen Oberhaus, ist offizieller Sprecher der 'Janata Dal' und des Regierungsbündnisses der 'United Front'.

**Ihre Aufgabe, innerhalb der Koalition mit ihren unterschiedlichen ideologischen Flügeln und regionalen Parteien eine angemessene Abstimmung vorzunehmen, scheint äußerst schwierig zu sein. Wie sieht diese Koordination in der Praxis aus?**

Die ideologischen und politischen Widersprüche werden stark übertrieben. Die 'United Front' stellt die Wiedergeburt der 'Nationalen Front/Links-Front' plus dem neugegründeten und politisch wichtigen 'Tamil Maanila Congress' (TMC) dar. Als Nationale und Links-Front haben wir bereits mehr als acht Jahre zusammengearbeitet. Es ergeben sich daher keine nennenswerten Schwierigkeiten, unsere Aktivitäten zu koordinieren. Wir verfügen über einen Steuerungsausschuß, mit allen 14 Parteien, davon stellen die Links- und die Föderale Front (ein informelles Bündnis mehrerer Regionalparteien) jeweils vier Parteien. Die 'Janata Dal' und die von ihr abgespaltene Samajwadi Party gehören zur Janata-Tradition. Diese drei Komponenten arbeiten vor allem mit dem TMC zusammen. Im Steuerungsausschuß ist jede Partei mit einem Vertreter gleichstark vertreten. Wir treffen uns nicht nur, um unsere Probleme abzubügeln, sondern auch, um gemeinsame Ansätze zu aktuellen Herausforderungen zu entwickeln.

**Manche Beobachter räumen der Regierungskoalition eine nur kurze Lebenszeit ein und prophezeien politische Instabilität. Wo werden die Schwerpunkte der Regierungsarbeit liegen?**

Auf der Grundlage des gemeinsamen Minimalprogrammes verfolgen wir Kontinuität im sensiblen Bereich der Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine höhere volkswirtschaftliche Zuwachsrates, und dies ist ohne angemessene ausländische Direktinvestitionen nicht möglich. Wir streben ausländische Direktinvestitionen im Wert von zehn Milliarden US-Dollar an - unter der 'Congress'-Regierung waren es nur zwei Milliarden. Wir werden die Genehmigungsverfahren für solche Investitionen erleichtern und rationalisieren. Ein ähnlich liberaler Ansatz wird unsere Aktivitäten bezüglich der einheimischen Wirtschaft leiten. Außerdem wollen wir gesellschaftspolitisch die Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entschärfen und beseitigen. Die Spannungen, die durch die Kontroverse "Tempel versus Moschee" entstehen, müssen abgebaut werden. Die United Front will die schwächeren Schichten der Gesellschaft und die unteren Kasten, die nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch im Indien von heute benachteiligt sind, stärken. Als Teil von politischen Reformen wollen wir einen

'Ombudsmann' institutionelle verankern, der Korruption in höchsten Ämtern eindämmen soll. Weitreichende Wahlreformen, jedoch keine Abkehr vom Mehrheitswahlrecht, eine staatliche Parteienfinanzierung und die weltweit wohl einzigartige Reservierung von einem Drittel der Parlamentssitze für Frauen stellen weitere Prioritäten unserer Regierung dar.

**Der 'Congress' befindet sich innerparteilich in einer äußerst schwierigen Situation. Fürchten Sie einen baldigen Entzug der Unterstützung Ihrer Regierung durch die 'Congress'-Partei?**

Im Vergleich zu 1979 (Fall von Charan Singh) und 1991 (Fall von Chandra Shekar) haben sich die historischen Umstände in einem Punkt entscheidend geändert: Damals war der 'Congress' mit Abstand die größte Einzelpartei und die einzig wirklich nationale Partei. Mit einer charismatischen Führungspersönlichkeit konnte der 'Congress' damals hoffen, durch erzwungene Neuwahlen die Macht zu gewinnen. Unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen kann der 'Congress' heute kurz- bis mittelfristig durch einen Entzug der Unterstützung nicht gewinnen. Der Nutznießer wäre die BJP und der 'Congress' ist gegen diese Partei gerichtet. Ich erwarte daher in absehbarer Zeit keinen Schachzug dieser Art. Das interne Problem der Führungskrise darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der 'Congress' immer noch eine wichtige nationale Partei ist, die beinahe 30 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Was auch immer in der Führungsriege der 'Congress'-Partei geschieht wird uns nicht treffen. Wir halten uns da raus.

**Nachdem sie eine Regierung der BJP auf nationaler Ebene erfolgreich verhinderten,- wie stellen sie sich der Herausforderung durch die BJP bei den bevorstehenden Wahlen in Uttar Pradesh?**

Auf nationaler Ebene ist es uns gelungen, eine Regierung gegen die BJP zu bilden. Ich glaube jedoch nicht, daß wir noch vor den Wahlen in Uttar Pradesh auch dort eine gemeinsame Front gegen die BJP bilden können. Trotz des gegenwärtig noch geringen Vorteils der BJP gegenüber ihren Mitkonkurrenten um die Gunst der Wähler im bevölkerungsreichsten Bundesstaat, gehe ich davon aus, daß es ihr nicht gelingen wird, dort eine absolute Mehrheit zu erlangen. Nach der Wahl kann es dann zu einer gegen die BJP gerichteten Koalition kommen.

## Programm und Reorganisation der 'Janata Dal'

Der 67jährige Dr. Bapu Kaldate ist der neu ernannte Generalsekretär in der 'Janata Dal'-Parteizentrale in New Delhi. Er soll die Partei von Premierminister Deve Gowda organisatorisch und programmatisch stärken und damit den Fehler des ehemaligen Premierministers V.P. Singh vermeiden, der die innerparteilichen Strukturen stark vernachlässigt hatte.

**Wie planen Sie, die sich in zahlreichen Flügelkämpfen in der Vergangenheit zerreibende Partei zu stärken?**

Wir sind nun an der Macht. Bislang mangelte es an Koordination in der Parteizentrale. In den kommenden zwei bis drei Monaten werde ich Vertreter aller Parteigliederungen in den einzelnen Bundesstaa-

ten treffen. Meinen Kollegen - insgesamt sind wir zehn Generalsekretäre - habe ich entsprechende Arbeitsaufträge erteilt. Wir arbeiten die Akten der letzten fünf bis sechs Jahre systematisch durch. Das zentrale Parteisekretariat trifft sich zweimal pro Monat, um die Ziele des gemeinsamen Minimalprogrammes der Regierung zu dis-

kutieren. Bei einem Treffen mit unserer Frauengruppe legten wir uns als Partei im Beisein von Premierminister Gowda auf eine 33prozentige Reservierung von Parlamentssitzen für Frauen fest.

### **Kann der notorische Männerklub 'Janata Dal' sich wirklich so für die Rechte von Frauen einsetzen?**

Dieses Reservierungsziel für Frauen muß sich natürlich auch in unserer Parteiorganisation niederschlagen. Zwei unserer zehn Generalsekretäre sind nun Frauen. Ich hoffe, der neue Enthusiasmus unserer weiblichen Mitglieder wird zu verstärktem Druck auf unsere Parteispitze führen.

### **Kritiker bezeichnen die 'Janata Dal' als eine Regionalpartei. Wie könnte sie zu einer nationalen Kraft werden?**

Sie haben bis zu einem bestimmten Grade Recht. Alle politischen Parteien sind in Bezug auf ihre Machtbasis, Regionalparteien. Wir sind in gewisser Hinsicht jedoch eine nationale Partei, denn wir betonen soziale Gerechtigkeit als ein zentrales Anliegen unserer Politik. Dies ist kein regionales, sondern ein nationales Phänomen.

Kurz nach der Bildung der neuen Regierung schloß die 'Janata Dal' Ramakrishna Hedge, den ehemaligen Ministerpräsidenten Karnatakas und die frühere Umweltministerin Maneka Gandhi aus der Partei aus, weil sie die Parteispitze öffentlich angegriffen haben. Fürchten Sie ähnliche Fälle in der nahen Zukunft?

Offen gesprochen signalisiert unser Vorgehen eine Warnung an unsere Spitzenpolitiker, sich an die erforderlichen Verhaltensnormen zu halten. Wir bejahen Transparenz und Gesinnungsfreiheit, aber innerhalb des Parteirahmens. Wir streben eine optimale, jedoch flexible Parteidisziplin an, die Meinungsfreiheit garantiert.

### **Indien mangelt es an einer sich an großen Themen orientierenden Streitkultur. Können programmatische Initiativen zu brennenden Fragen dazu beitragen, eine solche zu entwickeln?**

Die Zeit für eine stabile Koalitionsregierung in Indien ist nun reif. Keine Partei kann in New Delhi mehr alleine regieren. Eine Koalition erfordert Ausgleich zwischen den politischen Persönlichkeiten und ein für alle akzeptables und verbindliches Mindestprogramm. Eine verstärkte nationale Debatte ist daher zwingend erforderlich. Es besteht für die Parteien geradezu ein Zwang zur verstärkter Diskussion über nationale Fragen. Dies gilt beispielsweise auch bezüglich der geplanten Wahlen in Kashmir. Wir haben eine gemeinsame und positive Haltung aller Parteien erreicht. Die Aufgabe der neuen Regierung besteht wesentlich darin, für einen nationalen Dialog und Konsens bereit zu sein und diesen zu fördern. International streben wir als 'Janata Dal' die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale an. Wir werden bei deren diesjährigem Treffen in New York als Beobachter präsent sein.

(Beide Interviews wurden von Klaus Voll in Delhi geführt.)

## **Dalits und Wahlen: Minderheiten in der indischen Demokratie**

Vijay Pratap

Wahlen sind ein wichtiges Mittel, der indischen Bevölkerung mehr politischen Einfluß und politische Bedeutung zu verschaffen. Unseren nationalen Führern, insbesondere denjenigen, die zusammen mit M.K. Gandhi zu den 'Vätern' unseres Staates gehören, war die Bedeutung von Wahlen als Mittel sozialer Transformation bewußt. Zwar hatte Gandhi durchaus seine Zweifel am Demokratiemodell aus Westminster, doch als Indien 1947 die Unabhängigkeit erhielt, war es wahrscheinlich der beste uns offenstehende Weg. Durch die Einführung einer parlamentarischen Demokratie ist es vormals unterdrückten Bevölkerungsgruppen gelungen, einen relativ breiten Raum in der indischen Politik einzunehmen. Im indischen Kontext lassen sich gesellschaftliche Randgruppen vor allem über ihre Kastenidentität identifizieren. Ausgenommen hiervon sind im Grunde nur die Adivasis, bei denen die Gruppenidentität über die ethnische Zugehörigkeit definiert wird.

Es ist bekannt, daß am unteren Ende der indischen Gesellschaftshierarchie die sogenannten 'Unberührbaren' standen, die 'Kastenlosen', die sich heute selbst als 'Dalits' bezeichnen. Gandhis Anliegen war es, diese unterdrückten sozialen Gruppen zu emanzipieren und die 'Unberührbarkeit' abzuschaffen. Vertreter dieser Bevölkerungsgruppen, vor allem Baba Saheb Ambedkar, forderten aufgrund der gesellschaftlichen Diskriminierung der sie sich ausgesetzt sahen, eigene Wahlen und ein eigenes Parlament. Gandhi, dem die Einheit der Nation immer ein wichtiges Anliegen war, lehnte dies ab und man einigte sich schließlich darauf, für diese Gruppen Parlamentssitze zu reservieren. Seitdem sind etwa 15 Prozent der Parlamentssitze für Dalit-Abgeordnete und acht Prozent für Adivasi-Abgeordnete reserviert.

Doch die Zahl der Abgeordneten aus den unteren Kasten und ethnischen Minderheiten ist noch kein Indikator dafür, daß diese Gruppen auch an politischer Macht gewonnen haben. Tatsächlich bietet sich ein sehr irreführendes Bild, wenn man von der Zahl der Dalit-Abgeordneten auf deren politischen Einfluß und Mitbestimmungsmöglichkeiten schließt. So hat die Partei der Höherkastigen, die 'Bharatiya Janata Party' (BJP), bei den diesjährigen Wahlen mehr Dalit-Abgeordnete, als die meisten ande-

ren Parteien. Doch dies bedeutet noch lange nicht, daß die BJP unter den Dalits über ein größeres Wählerpotential verfügt. Das genaue Gegenteil trifft zu: der Anteil der BJP-Wähler unter den Dalits liegt um 13 Prozent niedriger als der gesamtindische Stimmenanteil der hindunationalistischen Partei. Warum die BJP dennoch so viele Dalit-Abgeordnete im neuen Parlament hat, erklärt sich aus dem noch immer funktionierenden Kastensystem und der Dominanz der höheren Kasten. Als traditionelle Wählerbasis der BJP sind die höheren Kasten in vielen Wahlkreisen nur eine Minderheit. Doch wenn sie einen ihnen genehmen Kandidaten aus einer unteren Kaste unterstützen, verbessern sich dessen Wahlchancen. Da Kandidaten aus oberen Kasten vielfach keine Chance hätten, auch die Stimmen niedrigkastiger Wähler zu erhalten, stellt die BJP ihr genehme Kandidaten aus unteren Kasten auf, um auch die Wählerstimmen dieser Kasten zu erhalten.

Eine Analyse der diesjährigen Wahlergebnisse durch das 'Centre for the Study of Developing Societies' in New Delhi zeigt, daß es der BJP trotz ihrer geringen Anhängerschaft unter den Scheduled Castes (SC) gelungen ist, eine vergleichsweise hohe Zahl von Angehörigen dieser Gruppen als ihre Kandidaten aufzustellen. Wie gering der Anteil der